

Medieninformation

Die Regierungskoalition im Berliner Abgeordnetenhaus verlässt die gemeinsame Position in der Lehrerbildung und belastet die Hochschulvertragsverhandlungen

Auf Antrag der Fraktion der SPD und der Linksfraktion wird am kommenden Mittwoch im Wissenschaftsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses der Tagesordnungspunkt „Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer weiter verbessern“ verhandelt. Zentraler Eckpunkt der Vorlage ist die Einrichtung eines **zentralen** Lehrerbildungszentrums, das die *Studienorganisation mit dem Ziel einer besseren Studierbarkeit sowie die Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Senat koordiniert*.

Die Lehrerbildung soll nach Ansicht der Berliner Regierungsfractionen aus den Universitäten herausgelöst, von den Fachdisziplinen entkoppelt, aus Forschungszusammenhängen entfernt und in eine Verwaltungsstruktur eingebettet werden.

Die Berliner Universitäten haben die Vereinbarungen des laufenden Hochschulvertrags eingehalten und erwarten, dass sich das Abgeordnetenhaus als verlässlicher Partner des Senators für Bildung, Wissenschaft und Forschung und der Berliner Universitäten erweist.

Die Universitäten haben vertragsgemäß und bezogen auf die Kontextbedingungen der Lehrerbildung in den Universitäten adäquate Strukturmodelle entwickelt und umgesetzt, welche Service- und Beratungsdienste für die Lehramtsstudierenden leisten und die fachbereichs- beziehungsweise fakultätsübergreifende Abstimmung der Lehrenden befördern. Dessen ungeachtet sehen sie nach wie vor Optimierungsbedarf und werden vertragsgemäß auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Evaluation die Profilierung der universitären Lehrerbildung weiter vorantreiben.

Die Berliner Universitäten, die die Umsetzung der Reform der Lehramtsstudiengänge durch ihre wissenschaftliche Expertise und durch ein geschicktes Ressourcenmana-

gement überhaupt erst ermöglicht haben, werden durch die Etablierung einer planungsbürokratischen Struktur nachhaltig beschädigt. Sie sehen mit Sorge, dass die Politik im Bereich der Lehrerbildung nachhaltig in die Struktur und Profilbildung der Universitäten einzugreifen beabsichtigt.

Der Vorstoß der Politik ist weder neu noch originell, überraschend ist jedoch der Zeitpunkt. Parallel verhandeln die Berliner Hochschulen mit dem Wissenschaftssenator über die Ausgestaltung der Hochschulverträge für die Jahre 2010 bis 2013, unter anderem auch über die Weiterentwicklung der Lehrerbildung in Berlin.

Die lehramtsbezogenen Studiengänge bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss sind für annähernd alle Lehrämter polyvalent angelegt und eröffnen den Studierenden die größtmögliche Wahlfreiheit bei der Kombination der Unterrichtsfächer. Mit dem Studienbereich lehramtsbezogene Berufswissenschaft werden bereits in der Bachelorphase die Grundlagen einer kompetenzorientierten Lehrerausbildung gelegt. Der sich daran anschließende Master of Education vertieft und festigt eine professionsorientierte und wissenschaftsbasierte Lehrerausbildung. Dieses ausdifferenzierte Studienangebot kann nur mit einer flexiblen Organisationsstruktur innerhalb der Universitäten gesichert und im Interesse der künftigen Studienbewerber und –bewerberinnen nachfrageorientiert ausgestaltet werden.

Die Berliner Universitäten stellen sich nunmehr die Frage, wie seriös die Vertragsverhandlungen überhaupt mit ihnen geführt werden können, wenn entscheidende Sachverhalte in der Verhandlungssituation nicht thematisiert werden.

Weitere Informationen erteilt Ihnen gern: Prof. Dr. Kurt Kutzler, Vorsitzender der Berliner Landeskonferenz der Rektoren und Präsidenten, Tel.: 030/314-23922, E-Mail: pressestelle@tu-berlin.de